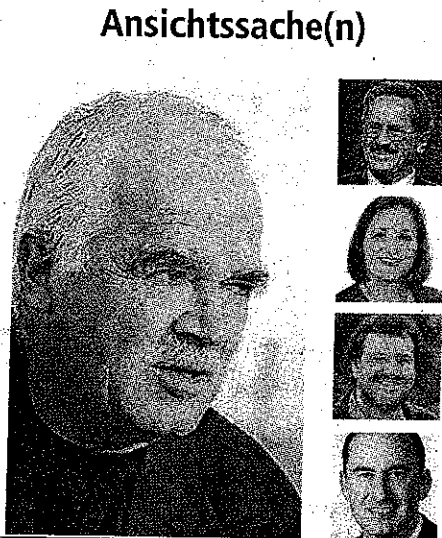


DONNERSTAGSKOLUMNE

## Gauweiler rügt Merkels Sprecher

München – Der Bundestagsabgeordnete Peter Gauweiler (CSU) hat Vize-Regierungssprecher Thomas Steg scharf dafür kritisiert, dass dieser die Forderung von Erwin Huber nach einer Wiedereinführung der Pendlerpauschale abgelehnt hatte. „Wie kommt er dazu, diese Forderung des CSU-Vorsitzenden ohne Regierungs- oder Koalitionsbeschluss zurückzuweisen?“, schreibt Gauweiler in einem Gastbeitrag für diese Zeitung. » POLITIK



Heute: Peter Gauweiler

## Ansichtssache(n)

### Nehmt Abschied und gesundet

An dieser Stelle schreiben jeden Donnerstag im Wechsel Peter Gauweiler (CSU), Christian Ude (SPD), Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP), Sepp Daxenberger (Bündnis 90/Die Grünen) und Hubert Aiwanger (Freie Wähler).

Soll in Bodenmais demnächst der Christopher Street Day Mariä Himmelfahrt ablösen, wenn alles so weiter geht? Die Orts-SPD am Fuße des Großen Arber ist verständlicherweise furchtbar glücklich, dass ihr junger Kandidat, laut Eigenwerbung bei den „Schwusos“, völlig überraschend zum Bürgermeister der niederbayerischen Glasbläsermetropole gewählt wurde. Obwohl die SPD bayernweit – trotz der CSU-Krise – gerade ihr schlechtestes Wahlergebnis seit dem Kriege eingefahren hat. „Oiwai no besser als gar nix!“ sagte Karl Valentin, als er mit einer Brille ohne Gläser durch München lief. Andererseits: Die CSU hat seit ihrer Frühgeschichte immer dann am besten gekämpft, wenn sie ein bisschen sehr angeschlagen war: in der Vierer-Koalition, als alle sich gegen sie verbündet hatten, und dann nach der Spiegel-Affäre. Denn Krise heißt bekanntlich auch Chance.

„Woran liegt das“ fragte die taz diesen neuen Bürgermeister von Bodenmais Michael Adam, „dass die SPD selbst gegen eine angeschlagene CSU nicht punkten kann?“ „An der Alleinstellung der CSU in Bayern“ war die richtige Antwort. Die CSU, „die nach den Wittelsbachern prägendste Kraft der bayerischen Geschichte“, schrieb am Samstag die Süddeutsche Zeitung in einer Art vorgezogenem Nachruf. Und erinnert an den raschen Abgang König Ludwig III., des berühmten „Millibauern“. Man hätte auch noch schreiben können, dass danach ein gewisser Kurt Eisner kam und noch ganz andere („Sowjetrußland grüßt Sowjetbayern“). Und jetzt kämen – so die SZ – nach der Großphase der CSU die weißblauen Alternativ-Bayern an die Prägemaschine des Freistaates, irgendetwas wie die „Biermösl Bloßn“ oder der oben genannte 23-jährige Bürgermeister. Kinderpost statt Prägestempel. Das

Hauptmanko dieses „anderen Bayern“: Sie haben niemanden. Eine Art weißblauer Barack Obama ist nicht in Sicht. Nicht einmal ein/eine Bayern-Ypsilanti.

Fazit von alledem: Geschichte wiederholt sich, nur harmloser.

Über all dies wird heute schon so viel geschrieben wie über die Landrätin Pauli im Dezember vor einem Jahr, als in der Parteigeschichte der CSU die durchgeknallte Phase ihrem Höhepunkt zustrebte. Edmund Stoiber hat sich davon zwischenzeitlich erholt und lebt, von Wolfratshausen aus, erkennbar nach dem Motto: Nimm Abschied und gesunde. Aktuell verüßt durch das Weh und Ach der oberbayerischen CSU nach Stoibers letzte Woche erklärtem Verzicht auf ein neues Landtagsmandat. Der oberbayerische Bezirksvorsitzende Schneider und seine Mannen erinnern dieser Tage ein

bisschen an den bußfertigen Kniefall der Münchner Räte vor dem Bildnis des Kurfürsten Karl Theodor 1791. Wiedergutmachung für insubordinantes Nachreden gegen den Herrscher am zweiten Jahrestag des Sturms auf die Bastille.

„Nimm Abschied und gesunde“ wird sich auch Ministerpräsident Beckstein gesagt haben, als er – ebenfalls letzte Woche – innerhalb von 24 Stunden in zwei Notoperationen am offene Herzen der CSU das Transrapid-Dilemma beendete und einen Schlussstrich unter die Geheimnistuerei um die Landesbankverluste zog. Die Sache mit dem Transrapid scheiterte nicht nur an einer „Festkostenvereinbarung“, die keine war, sondern vor allem daran, dass der Transrapid dem Volk gegen seinen Willen aufgedrängt werden sollte. Und bei den Milliardenverlusten der Landesbank (damit hätte man den Transrapid bis nach Paris oder ans Schwarze Meer bauen können) geht es nicht darum, ob die Politik dienstags oder mittwochs informiert wurde. Sondern ob die Verluste durch den Ankauf von Kreditderivativen täuschungsbedingt waren. Und jetzt alles getan wird, die

sind, nur nicht bei der Bayerischen Landesbank) via Schadensersatz von den internationalen Großbanken wieder zurückzuholen. Wenigstens teilweise. So wie es die mutigen Stadtwerke von Würzburg getan haben, die mit derartigen Geldanlagen ebenfalls getäuscht wurden und diese Woche gegen die Deutsche Bank AG vor der 6. Zivilkammer des Landgerichts Würzburg gewonnen haben.

Völlig richtig ist auch die Forderung von Parteichef Huber, die Streichung der Pendlerpauschale rückgängig zu machen. Die Große Koalition muss sich von diesem ihren Beschluss verabschieden und zum alten Modell zurückkehren. Wir erleben dramatische Preiserhöhungen bei Benzin und Diesel, bei Heizöl und Gas, und der Staat nimmt heute allein durch den Spritpreis-Anstieg jährlich rund 3 Mrd. Euro mehr an Steuern ein als 2005.

Noch etwas: Wie kommt der beamtete Regierungs-Vizesprecher Thomas Steg dazu, diese Forderung des CSU-Vorsitzenden ohne Regierungs- oder Koalitionsbeschluss „zurückzuweisen“? Die damit verbundene Unverschämtheit wäre eine glänzende Gelegenheit zur Gegenwehr.